

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstags,
Donnerstags und
Sonntagsabends.

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Gerichtsamtbezirk Eibenstock

und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Einundzwanzigster Jahrgang.

Abonnement
vierteljährlich
12 Rgr.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Inserates:
Für den Raum
einer
einspaltigen Zeile
1 Rgr.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigeblasses.“

Bekanntmachung, das Erlöschen der Rinderpest in Niederösterreich betreffend.

Nachdem zufolge amtlicher Benachrichtigung die im September dieses Jahres in Niederösterreich ausgebrochene Rinderpest wieder erloschen ist, so wird das bezüglich der Einfuhr von Wiederkäuern aus Niederösterreich erlassene Verbot (Verordnung vom 6. vorigen Monats und Punkt 7 der Verordnung vom 17. vorigen Monats) hiermit wieder aufgehoben und ist nunmehr auch wegen der Vieheinfuhr aus dem gedachten Kronlande lediglich den Bestimmungen der Verordnung vom 17. vorigen Monats unter 1, 3 und 4 nachzugehen.

Dresden, den 7. November 1874.

Ministerium des Innern.

Für den Minister:
Körner.

Dr. Lenthold.

Der zur Versteigerung des Haus- und Garten-Grundstücks Carl Friedrich Hochmuths in Eibenstock auf den 30. dieses Monats anberaumte Termin wird hiermit aufgehoben.

Königl. Gerichtsamtsbezirk Eibenstock,

den 17. November 1874.

Landrod.

B.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Berlin. Die Rathskammer des Stadtgerichts hob am 14. d. die polizeiliche Bewachung des Grafen Arnim in dessen Wohnung auf und verfügte statt dessen Hausarrest. Ueber die Gründe dieser außerordentlichen Maßregel, die mit den bisherigen Maßnahmen in Widerspruch steht, verlautet nichts. Das Gutachten der Gerichtsarzte erklärte die Ueberführung Arnims nach dem Gefängnisse oder dem Krankenhaus für unmöglich. Gutem Vernehmen nach ist dem Grafen die Anklageschrift insinuiert worden. Der Termin der mündlichen Schlussverhandlung ist auf den 7. December festgesetzt.

— Eine Anzahl von Reichstagsabgeordneten hat beschlossen, bei Gelegenheit der Berathung des Etats für das auswärtige Amt eine Interpellation in Bezug auf die Arnim'sche Affaire an den Fürsten Reichskanzler zu richten und zwar zunächst in der Absicht, um damit etwaigen übelwollenden Interpellationen von anderer Seite zuvorzukommen. Es ist deshalb eine vertrauliche Anfrage an den Fürsten Bismarck gerichtet worden in dem Sinne, ob ihm die Gelegenheit, sich über die betreffende Angelegenheit öffentlich und persönlich auszusprechen, erwünscht sei oder nicht. Fürst Bismarck hat aber das Gesuch aus dem sehr naheliegenden Grunde abgelehnt, daß die Sache noch der Entscheidung der Gerichte unterliege, die politischen Beziehungen also vorläufig nicht in Betracht kommen könnten.

— Die Socialdemokraten des Reichstags haben jetzt für ihren Antrag, daß die in Haft befindlichen drei Parteigenossen für die Dauer der Session aus dem Gefängnis entlassen werden sollen, bei ihren schwarzen Centrumsfreunden um Unterschriften geworben und deren auch glücklich einige fünfzig aufgetrieben. Der Antrag soll nun gegen Ende der Woche auf die Tagesordnung kommen.

— Nicht allein die Regierung des Herzogthums Anhalt, sondern auch die Regierungen von Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ältere und Reuß jüngere Linie haben, wie es heißt, bei der preussischen Regierung angefragt, ob die letztere bereit sein würde, nach Einführung der neuen Gerichtsordnung in ein Rechtsverhältniß zu ihnen in der Art zu treten, daß ein preussisches Ober-Appellationsgericht die oberste Instanz für die Prozesse in den gedachten Staaten bilde.

— Die Meininger haben weit mehr Unterstützungsgelder erhalten, als ihre kühnsten Hoffnungen wohl geträumt haben; nun geht aber auch der Streit darum los, wer von dem Gelde und wie viel ein Theil

der bekommen soll. Mit dem, was aus Amerika noch in Aussicht steht, dürfte sich der Gesamtbetrag wohl auf mehr als eine halbe Million Gulden belaufen, und bei so bewandten Umständen hat es denn auch die städtische Verwaltung nicht für unangemessen gehalten, ein Stimmchen für sich zu beanspruchen. Aber die Localpresse legt hiergegen ganz entschieden Protest ein, die Geber hätten offenbar den Armen helfen wollen und nicht der städtischen Verwaltung. Jedenfalls aber ist mehr Geld da, als daß auch die freigebigste Entschädigung der wirklich erlittenen Verluste den Fonds erschöpfen könnte, und so wird denn schließlich auch das öffentliche Gemeinwesen bei der Vertheilung nicht ganz leer ausgehen.

— Wie die „Deutsche Kriegerzeitung“ mittheilt, hat die Resolution des deutschen Kriegerbundes München zu Gunsten des Landsturmgewehrs bei den Kriegervereinen, namentlich den hessischen und altpreussischen, soviel Anklang gefunden, daß sich das Präsidium des Kartellbündnisses der deutschen Krieger-Vereine veranlaßt sah, in einer Gesamtmittheilung an den Reichstag die Annahme des Gesetzentwurfes zu erbitten.

Frankreich.

— In Paris ist eine Schrift von Dr. Chenu über die Verluste der französischen Armee während des letzten Krieges erschienen. Seinen Mittheilungen zufolge verloren die Franzosen an in den Schlachten Gebliebenen, an Vermissten und an ihren Wunden und in Folge von Krankheiten Gestorbenen 138,871; an Verwundeten 142,000 und an während der Marsche lahm Gewordenen 11,421; die Zahl derer, welche, da sie vermisst wurden, als todt eingeschrieben wurden, beträgt 11,914. Unter den Todten befanden sich 2881 und unter den Vermissten 96 Offiziere. Dr. Chenu weist darauf hin, daß die Deutschen nur 44,000 Todte und 127,000 Verwundete hatten, und fügt hinzu, daß die großen Verluste der französischen Armee der schlechten Beschaffenheit der Lazarethe zugeschrieben werden müssen, da, wie es auch in der Krim und in Italien der Fall gewesen, im letzten Kriege eine viel größere Anzahl Militärs im Spital an Krankheiten als auf dem Schlachtfelde oder an ihren Wunden gestorben seien.

Spanien.

— Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ schreibt über einen der Stadt Irun am 11. d. abgestatteten Besuch: Die von ihren Drangsalen befreite Stadt machte einen ähnlichen trüben Eindruck wie Bilbao am 2. Mai. Die Straßen voller Schutt, Trümmer und zerbrochener Möbel, die Leute wie eben aus einer schweren Betäubung erwacht. Einige Häuser sind verbrannt und eingestürzt, an andern klaffen